

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und bei Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Zahlung durch die Boten 2,30 RM., bei Vorkaufzahlung 1 RM. 50 Pf. monatlich. Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend. Gebühr. Einzelnummern 10 Pf. in jeder Zeit. Abonnements zu jeder Zeit. Änderungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonst. Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Rückzahlung eingekaufter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beifügt.

Anzeigenpreis: Die 8spaltige Raumzeile 20 Rpf., die 4spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennige, die 3spaltige Reklamazeile im täglichen Teile 1 RM., Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Versuche und Nachprüfungen werden nach Möglichkeit angenommen bis zum 10. März. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Jede Reklamationsfrist ist durch den Auftraggeber in Konkurrenz gestellt. Wir nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 271 — 89. Jahrgang

Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“

Wilsdruff-Dresden

Postfach: Dresden 2040

Freitag, den 21. November 1930

Genfer Zollgespräche.

In Genf findet wieder einmal eine internationale, in Wirklichkeit aber nur europäische Wirtschaftskonferenz statt, und man muß sein Gedächtnis schon sehr stark in Anspruch nehmen, um sich daran zu erinnern, daß eine derartige Konferenz schon vor einem Jahre getagt hat und zu dem Beschluß kam, den sogenannten Zollwaffenstillstand zwischen den europäischen Staaten zu empfehlen. Es war aber bei dieser Empfehlung geblieben, die Zölle nur unter ganz bestimmten Voraussetzungen und unter Einhaltung längerer Fristen zu erhöhen; eine lange Reihe von Staaten — darunter Deutschland — haben das noch nicht ratifiziert, andere haben es überhaupt abgelehnt, sich derartigen Bindungen zu unterziehen. Irgend etwas Positives ist also bei der Geschichte nicht herausgekommen.

Nun hat die Wirtschaftskrise inzwischen sich weiter verschärft und abgeschwächt ist sie auch nicht gerade durch die Folgen, die die Zersplitterung Europas namentlich im Osten und Südosten zollpolitisch gezeitigt hat. Man spricht in Genf jetzt auch nicht mehr von so umfassenden Vorschlägen wie vor einem Jahr; dafür hat man aber gleich zwei Spezialaufgaben in rednerische Arbeit genommen. Und diese sind zweifellos außerordentlich interessant und wichtig. Da ist zunächst das Verlangen der südbest- und osteuropäischen Agrarstaaten, ihren landwirtschaftlichen Erzeugnissen bei der Einfuhr in die europäischen Industriestaaten Vorzugszölle einzuräumen gegenüber den amerikanischen Produkten. Und zwar nicht zuletzt im Interesse des Industrieports von dort. Man argumentiert nämlich folgendermaßen: Die Agrarkrise hat in Südosteuropa — wie überall in der Welt — die Getreidepreise um 50 Prozent gesunken; dadurch ist die Kaufkraft in jenen Staaten für Industrieprodukte an sich schon stark gesunken; der eigene Absatz von Agrarerzeugnissen wird aber noch weiter erschwert durch die hohen Zölle, mit denen auch Industriestaaten ihre Landwirtschaft schützen wollen. Bemerkenswerterweise hat man dort z. B. die Einfuhrzölle auf gewisse Industriewaren einfach deshalb herabsetzen müssen, weil man Waren zu bringen den nötigen, aber nicht mehr die Kaufkraft besitzt, die durch die bisherigen Einfuhrzölle erheblich gesteigerten Preise für jene Waren zu zahlen. Erniedrigung der Agrarzölle bei den Industriestaaten würde also über eine Steigerung des Absatzes für die Agrarprodukte Südosteuropas zu einer Stärkung der dortigen Kaufkraft führen — und damit zu einer besseren Aufnahmefähigkeit für die west- und mitteleuropäischen Industrieprodukte. Sonst würde man versuchen, selbst die notwendigen Industrien aufzubauen, wofür billige Arbeitskräfte genügend zur Verfügung ständen.

Das ist eine besonders für Deutschland, das Industrie- und Agrarstaat zugleich ist, recht knifflige Frage; denn der Vordringler Agrarstaaten ist schon zu einer ziemlich festen Einigung gekommen und der Warenaustausch mit ihnen zeigt ein beträchtliches Überwiegen der deutschen Ausfuhr über die Einfuhr nach Deutschland. Und die Einräumung von Vorzugszöllen an jene Länder löst wichtige Probleme der gesamten Zollpolitik auf. Also ist in Genf die ganze Sache zunächst einmal einem Sonderausschuß zur Weiterbehandlung übertragen worden.

Auch bei der zweiten Streitfrage hat man sich mit diesem Ausweg geholfen: England verlangt von den europäischen Staaten Vorzugszölle für seine Maschinen- und Textilausfuhr und droht mit einem radikalen Umsturz der Zollpolitik zum Hochschutzzoll, wenn man diese Forderung nicht annimmt. Freilich ist dabei die Tatsache, daß die englische Arbeitslosigkeit gerade in diesen beiden Schlüsselindustrien sehr groß ist, man also in London alles daran setzt, den Absatz und damit die Erzeugung wieder zu steigern. Vermag England in Genf mit dieser Forderung nicht durchzubringen, dann will es eben hinter den Mauern eines grundsätzlichen Hochschutzzoll seine Arbeitslosigkeit bekämpfen. Frankreich hat im Interesse seiner eigenen Textil- und Maschinenindustrie von vornherein jedes Entgegenkommen abgelehnt, ebenso übrigens den Wunsch der Holländer, es sollen zwischen den Freihandels- und den Handelsvertragsstaaten Verhandlungen über allgemeine Zollherabsetzungen erfolgen. Schwierigkeiten zollpolitischer Art also, wohin man blickt, — und nur das eine steht fest, daß überall die schutzjämmerischen Tendenzen noch stärker geworden sind und daß es auch auf wirtschaftlichem Gebiete mit den „Verzögerten Staaten Europas“ ebenso weite Wege hat wie auf politischem.

Kein neuer Ueberbrückungskredit.

Nichtigstellung falscher Gerüchte.

Amlich wird mitgeteilt: In einem Teil der Presse ist die Nachricht verbreitet, daß am Ende des Jahres ein Kredit zur Deckung eines Defizits von erheblicher Höhe aufgenommen werden müsse und daß für die Zurverfügungstellung dieses Kredites wiederum die Annahme des Sanierungsprogramms zur Bedingung gestellt sei. Diese Nachricht entspricht in keinem ihrer Teile der Wahrheit.

Die entscheidende Sitzung des Reichsrats

Bilanz der Reichsratsberatungen.

Reichshaushalt und Finanzgesetze verabschiedet.

Mit Ministerreden sind die Beratungen der Gesetzentwürfe über die Finanz- und Steuerreform im Reichsrat sowie des Reichshaushalts 1931/32 eröffnet worden und mit Ministerreden schlossen sie auch ab. Was dazwischen liegt, war umfangreiche Arbeit und das Ergebnis ist eine fast vollständige Einigung zwischen Reichsregierung und den Vertretern der Länder. In manchen Bestimmungen der Entwürfe sind gegenüber den Regierungsvorschlägen bestimmte Änderungen erfolgt, aber das waren nicht solche irgendwie wesentlicher Art.

Zu längeren Verhandlungen in den Ausschüssen des Reichsrats kam es hauptsächlich nur bei der einzigen Steuererhöhung, die in dem Finanzprogramm vorgesehen ist, bei der Tabaksteuer also. Aber auch hierin ist in letzte Stunde eine Einigung erzielt worden, so daß der Reichsrat tatsächlich so, wie es der Reichskanzler dringend gewünscht hat, bis zum 20. November mit seiner Arbeit fertig geworden ist, abgesehen von einem einzigen jener 20 Gesetzentwürfe, der noch nicht die Zustimmung der Ländervertreter gefunden hat.

Da der Reichstag zurzeit nicht tagt, wurde die Reichsratsitzung von der Regierung auch benutzt, um in aller Öffentlichkeit Stellung zu nehmen zu den Reden, die in der Französischen Kammer über die augenblicklichen außenpolitischen Fragen gehalten wurden und in denen namentlich der Ministerpräsident Tardieu und sein Außenminister Briand sehr auffällige Ausführungen über die deutsch-französischen Beziehungen, die Revisionen- und die Abrüstungsfragen gemacht haben. Eine deutsche Antwort darauf wurde zur Notwendigkeit.

Berlin, 20. November.

Zur Verabschiedung des Reichshaushalts für 1931 und der Finanzreformgesetze der Reichsregierung fand die entscheidende Voll Sitzung des Reichsrats im großen Sitzungssaal des Reichstages unter Vorsitz des Reichskanzlers Dr. Brüning statt. Vom Reichskabinet waren außerdem erschienen der Reichsfinanzminister Dr. Dietrich, der Reichsaußenminister Dr. Curtius und Reichswehrminister Gröner. Außerdem wohnten der preussische Ministerpräsident Braun, der bayerische Ministerpräsident Held und Vertreter anderer Länder der Sitzung bei.

Die Beratung des Haushaltsplanes

Für 1931 leitete der Generaldirektor der Reichsfinanzverwaltung Dr. Vreht mit längeren Darlegungen und hohem Zahlenmaterial ein. Die schnelle Erledigung des Etats hat große Bedeutung für die wirtschaftliche Befindlichkeit. Die Reichsregierung hat bereits zahlreiche Wünsche des Reichsrats entprochen, so der Auflösung des Ministeriums für die besetzten Gebiete, des Entschädigungsamtes, der Gesundheitsverwaltung in München, des Reichswasserwerkes, der Verminderung der Versorgungskosten, der Vereinfachung der Steuererhebung und der Rechtspflege sowie der Minderung der sozialen Lasten.

Ferner hat die Reichsregierung einige der vom Reichsrat gewünschten finanztechnischen Streikungsmöglichkeiten verworfen, u. a. die Ansätze für Kanalbauten auf Anleihen verwiesen und die Zahlungen aus dem Tilgungsfonds auf die tatsächlich im laufenden Jahre benötigte Summe beschränkt sowie weitere 150 Millionen Reichsbahnvorzugsaktien verkauft.

Ministerialdirektor Vreht gibt im weiteren ein umfangreiches Zahlenmaterial, aus dem

der Spar- und Abstrichwillen der Reichsregierung

auf vielen Gebieten hervorgeht. Die Renten für die Kriegsteilnehmer bleiben ungeändert in gleicher Höhe. Der Reichsrat hat fünf Millionen Reichsbanknoten an den Kosten dieser Verwaltung beschließen und wünscht ihre Verbindung mit bestehenden Verwaltungen. Ebenso sind auf Antrag fünf Millionen bei der Finanzverwaltung abgeschrieben worden.

Für die Wehrmacht

sind 657,5 Millionen, rund 22,5 Millionen weniger als im vorigen Jahre angefordert worden. 15,9 Millionen des Unterschiedes kommen aus Gehaltskürzungen und 9,9 Millionen aus Erhöhung der Einnahmen durch Verwertung alter Kriegsschiffe usw. Angesichts der Anforderung der ersten Rate für ein Panzerschiff, „Lothringen“, und des weiteren Bauprogramms haben die Ausschüsse anerkannt, daß die liberalen Vorkriegsschiffe ersetzt werden müssen, wenn nicht die Besatzung von ihnen heruntergenommen werden soll.

Der preussische Antrag, bei Heer und Marine je zehn Millionen für 1931 mit Rücksicht auf die allgemeine Notlage abzusetzen, was auch mit der Preisentwertung für die Rohstoffe begründet worden war, ist in den Ausschüssen mit erheblicher Mehrheit abgelehnt worden.

Ministerialdirektor Vreht betonte sodann bei den Reichseinnahmen, daß, falls die schlechte Wirtschaftslage voll andauern sollte, die

Schätzung der Steuern und Zölle zu hoch

sei. Ferner legte der Redner namens der Ausschüsse eine Entscheidung vor, die u. a. Umgestaltung der Versorgungsverwaltung mit dem Ziel der Vereinigung mit anderen Verwaltungen fordert, unter schonender Behandlung der Beamten und Angestellten.

Bayerischer Ministerpräsident Held:

Die Ursache der katastrophalen Entwicklung der deutschen Wirt-

schaft und der öffentlichen Finanzen liegt nicht allein im verlorenen Krieg, sondern auch in verfehlten Steuererhebungsmethoden und in einer über das Maß des Möglichen hinausgehenden öffentlichen Ausgabenwirtschaft.

Aus den vorliegenden Maßnahmen gewinnt man den Eindruck, als ob die Sanierung

auf Kosten der Länder und der Gemeinden

gemacht werden soll.

Es handelt sich bei fast allen Maßnahmen um Eingriffe in die Hoheitsrechte der Länder und der Gemeinden und um Gesetze mit verfassungsänderndem Charakter. Es handelt sich geradezu um ein Reichsbißat, eine Reichsbeschwörung, eine Reichszensur über Länder und Gemeinden.

Wenn sich der Reichsrat doch zur Zustimmung entschlossen hat, so ist dafür bestimmend gewesen

eine unmittelbare Lebensgefahr

nicht nur für das Reich, sondern auch für die Länder und Gemeinden. Es muß aber betont werden, daß es sich bei den Maßnahmen nur um eine einmalige und zeitlich begrenzte handeln kann. Die Frage der Steuerreform muß auf anderem Wege gelöst werden. Dr. Held forderte schließlich, mit den Preisentwertungen energisch auf immer weiteren Gebieten fortzufahren.

Reichsfinanzminister Dr. Dietrich:

Die ganze Aktion der Reichsregierung ist nur zu verstehen aus dem Gedanken heraus, daß in erster Linie die Wirtschaftskrise bekämpft werden muß. Wenn diese Wirtschaftskrise und die ungeheure Arbeitslosigkeit bekämpft werden sollen, dann ist die Voraussetzung, daß die Finanzen des Reiches in Ordnung kommen. Der Minister wandte sich schließlich gegen die Behauptung, daß das Reich die Länder ver-gewaltigen wolle.

Die allgemeine Haushaltsausprache im Reichsrat

Zu der auf die Reichsratsrede des Ministers Dietrich folgenden Auseinandersetzung erklärte die Regierung Thüringens, daß sie sich beim Gehaltskürzungsgesetz der Stimme enthalten werde. Die Regierung Braunschweig erklärte Stimmhaltung beim Reichshaushaltsgesetz. Nach einer längeren Erklärung der Provinzen Berlin, Hannover, Niederschlesien, Westfalen, Hessen-Nassau, Rheinprovinz und Schleswig-Holstein sagte Bürgermeister Dr. Schulz-Berlin, durch das Realsteuerverfassungsgesetz werden die Gemeinden die letzte Beweglichkeit in den Einnahmen genommen. Als Ersatz hierfür müsse den Gemeinden von 1. April 1931 ab das Zuschlagsrecht zur Einkommensteuer oder eine sogenannte veredelte Bürgersteuer gegeben werden. Die Provinzen Brandenburg, Pommern und Ostpreußen bekundeten, daß sie gegen das Gehaltskürzungsgesetz und gegen das Personalaufwandsgesetz stimmen würden. Nach einer kurzen Bemerkung des Vertreters der Provinz Sachsen war die allgemeine Ausprache beendet.

Bei Besprechung des Haushalts des Reichsinnenministeriums wurde mit 37 gegen 29 Stimmen der preussische Antrag angenommen, zur Förderung der Theaterkultur 150 000 Mark mehr zu bewilligen und diese Summe bei der Volksgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft zu streichen. Beim Haushalt des Reichswirtschaftsministeriums verfiel ein Antrag Sachsens, 250 000 Mark für die Leipziger Messe zu bewilligen, der Ablehnung.

Gesamthaushalt einstimmig angenommen.

Der Gesamthaushalt wurde vom Reichsrat einstimmig angenommen. Auch das Gehaltskürzungsgesetz fand bei Stimmhaltung von Sachsen, Braunschweig und Thüringen Annahme.

Das verteuerte Rauchen.

Ein Kompromißbeschluss des Reichsrats

Die dritte Lesung der Tabaksteuernovelle mit den vereinigten Ausschüssen des Reichsrats endete mit einem Kompromiß. Der in der Vorlage vorgeschlagene Tabakzoll wurde von 250 auf 200 Mark herabgesetzt, die Vandalensteuer für Pfeifentabak beträgt 35 Prozent, für Zigarren 23 Prozent und die Vandalensteuer für Zigarettentabak 38 Prozent. Die Materialsteuer für Zigaretten ist auf 450 Mark für den Doppelzentner festgesetzt. Das Gesetz soll am 1. Januar 1931 in Kraft treten.

Für die Vorlage mit den Änderungen fand sich eine Mehrheit gegen die Stimmen von Sachsen, Baden, Bremen und Hessen. Die Reichsregierung erklärte sich mit den Beschlüssen der Ausschüsse einverstanden. Der Reichsfinanzminister gab bekannt, daß die Tabakbelastung jetzt schätzungsweise jährlich 1,4 bis 1,5 Milliarden Mark erbringe. Damit halte die Regierung die Tabakfrage endgültig für erledigt, da ein Monopol keineswegs höhere Beträge bringen werde.

Die sächsischen Belange im Reichsrat.

Reichsausschuß für die Leipziger Messe abgelehnt.

In der Vollsitzung des Reichsrates zur Verabschiedung des Reichshaushaltsgesetzes für 1931 und der Finanzreformgesetze nahm der sächsische Gesandte Dr. Grabnauer den in den Ausschüssen abgelehnten Antrag wieder auf, für die Leipziger Messe einen Reichsausschuß von